

ENTSCHÄDIGUNGSSATZUNG der Gemeinde Lahnau

Aufgrund der §§ 5, 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. September 2016 (GVBl. S. 167) hat die Gemeinde Lahnau am 14.12.2017 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

§ 1 Verdienstauffall

- (1) Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, Mitglieder des Gemeindevorstandes und andere ehrenamtlich Tätige erhalten, wenn ihnen nachweisbar ein Verdienstauffall entstanden ist, zur pauschalen Abgeltung ihrer Ansprüche einen Durchschnittssatz Betrag von 16,- € pro Stunde der wahrgenommenen Tätigkeit. Anstelle des Durchschnittssatzes kann der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstauffall verlangt werden, § 27 Abs. 1 HGO.
- (2) Den erforderlichen Nachweis eines Verdienstauffalles haben die ehrenamtlich Tätigen gegenüber der oder dem Vorsitzenden des jeweiligen Gremiums zu führen. Sie sind verpflichtet, diesen Nachweis zu Beginn eines jeden Kalenderjahres zu erbringen und spätere Änderungen unverzüglich anzuzeigen.
- (3) Hausfrauen und Hausmänner erhalten den Durchschnittssatz ohne Nachweis. Als Hausfrauen und Hausmänner im Sinne dieser Satzung gelten nur Personen ohne eigenes oder mit einem geringfügigen Einkommen aus stundenweiser Erwerbstätigkeit, die den ehelichen, eheähnlichen oder eigenen Hausstand führen. Ein geringfügiges Einkommen ist nur dann anzunehmen, wenn die zeitliche Inanspruchnahme durch die Erwerbstätigkeit weniger als einen halben Tag ausmacht.
- (4) Selbstständig tätige Gemeindevertreter, Beigeordnete und andere nach dieser Satzung ehrenamtlich tätige Personen erhalten auf Antrag anstelle des Durchschnittssatzes nach Abs. 1 eine Verdienstauffallpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens festgesetzt wird. Der einheitliche Höchstbetrag gem. § 27 Abs. 1 S. 6 HGO wird auf 32,- Euro pro Stunde festgesetzt.
- (5) Die Gewährung des Durchschnittssatzes bzw. der Verdienstauffallpauschale wird gemäß § 27 Abs. 1 Satz 4 HGO auf Zeiten zwischen 08.00 und 17.30 Uhr beschränkt.
- (6) Die erforderlichen Aufwendungen, die wegen Inanspruchnahme einer Ersatzkraft zur Betreuung von Kindern, Alten, Kranken und Behinderten entstehen, werden auf Antrag ersetzt.

...

§ 2 Fahrkosten

- (1) Ehrenamtlich Tätige haben Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrkosten.
- (2) Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges bemisst sich der Ersatz der Fahrkosten nach den Sätzen des Hessischen Reisekostengesetzes für anerkannt privateigene Fahrzeuge.
- (3) Erstattungsfähige Fahrkosten sind grundsätzlich die Kosten für Fahrten vom Wohnort zum Sitzungsort. Ist ausnahmsweise eine Anreise von einem anderen Ort als dem Wohnort erforderlich, werden die Fahrkosten nur ersetzt, soweit sie verhältnismäßig sind und die Notwendigkeit zur Teilnahme an der Sitzung bestand. Dies gilt auch für Fahrten zu anderen Veranstaltungen.

§ 3 Aufwandsentschädigungen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten neben dem Ersatz des Verdienstaufalles und der Fahrkosten pro Sitzung der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes oder des Gremiums, dem sie als Mitglied oder kraft Satzung oder Gesetzes angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Gemeinde entsandt worden sind, folgende Aufwandsentschädigung:

ab 01.01.2018

- Gemeindevertreter oder Beigeordnete	25,- Euro
- Gewählte Mitglieder von Beiräten und Kommissionen	25,- Euro
- sachkundige Einwohnerinnen oder Einwohner als Mitglieder von Beiräten oder Kommissionen	25,- Euro
- zu Beratungen der Ausschüsse zugezogene Sachverständige	25,- Euro
- Mitglieder des Wahlausschusses bei Gemeindewahlen, Wahlen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und Bürgerentscheiden	25,- Euro

- (2) Das Sitzungsgeld wird für mehrere nach Abs. 1 entschädigungspflichtige Tätigkeiten am selben Tage auf das Zweifache begrenzt. Ersatzpflichtig sind Sitzungen, die auch tatsächlich stattgefunden haben.
- (3) Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird für den höheren Aufwand bei dem Wahrnehmen besonderer Funktionen um eine monatliche Pauschale erhöht. Diese beträgt für

...

- die oder den Vorsitzenden der Gemeindevertretung	108,- Euro
- stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung	16,- Euro
- Ausschussvorsitzende	31,- Euro
- Fraktionsvorsitzende	93,- Euro
- die oder den ehrenamtlichen Ersten Beigeordneten	108,- Euro
- ehrenamtliche Beigeordnete	47,- Euro
- Vorsitzende eines Beirates	22,- Euro

Das stellvertretende Vorsitzende Mitglied eines Gremiums erhält im Falle der Leitung einer Sitzung für den höheren Aufwand die doppelte Aufwandsentschädigung nach Abs. 1.

Das Mitglied eines Gremiums, welches die Schriftführung einer Sitzung übernimmt, erhält in diesem Falle für den höheren Aufwand die doppelte Aufwandsentschädigung nach Abs. 1.

Der Anspruch auf die Pauschale nach Absatz 3 entsteht am Beginn des Kalendermonates, in dem die ehrenamtlich Tätigen die besondere Funktion antreten. Er erlischt mit Ablauf des Kalendermonates, in dem sie aus der Funktion scheiden.

- (4) Nehmen ehrenamtlich Tätige mehrere Funktionen wahr, für die Anspruch auf Erhöhungen nach Abs. 3 besteht, so stehen ihnen die Erhöhungen für alle Funktionen zu.
- (5) Für die Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters wird neben dem Ersatz des Verdienstausfalles, der Fahrkosten und der Aufwandsentschädigung nach Abs. 3 eine Aufwandsentschädigung für jeden angefangenen Kalendertag von 47,- Euro gewährt.
- (6) Schriftführerinnen und Schriftführer sowie Bedienstete, die beratend an einer Sitzung teilnehmen, erhalten für jede angefangene Stunde der Sitzung eine Aufwandsentschädigung von 25,- Euro.

§ 4 Teilnahme an weiteren Sitzungen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, soweit sie gem. § 36 a Abs. 1 HGO teilnahmeberechtigt sind, Ersatz des Verdienstausfalles (§ 1), der Fahrkosten (§2) und Aufwandsentschädigung (§ 3 Abs.1). Fraktionssitzungen im Sinne von Satz 1 sind auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitsgruppen). Die Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen wird auf 20 pro Jahr begrenzt.
- (2) Ehrenamtlich Tätige erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Feuerwehrausschusses, soweit sie teilnahmeberechtigt sind, Ersatz der Fahrkosten (§2) und Aufwandsentschädigung (§ 3 Abs.1). Die Zahl der ersatzpflichtigen Sitzungen wird auf 4 pro Jahr begrenzt.

§ 5 Dienstreisen

- (1) Bei Dienstreisen erhalten Gemeindevertreter, Beigeordnete und andere nach dieser Satzung ehrenamtlich Tätige Fahrkostenersatz nach § 2 dieser Satzung. Die Erstattung richtet sich nach dem Hessischen Reisekostengesetz.
- (2) Dienstreisen von Gemeindevertretern und von Mitgliedern der Beiräte werden vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung genehmigt. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung entscheidet über seine Teilnahme selbst. In Zweifelsfällen hat sie oder er die Entscheidung der Gemeindevertretung anzurufen.
- (3) Dienstreisen von Beigeordneten und von Mitgliedern einer Kommission werden vom Bürgermeister genehmigt.
- (4) Für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit oder dem Mandat gilt Abs. 1 entsprechend. Die Genehmigung nach Abs. 2 kann nur versagt werden, wenn die Voraussetzungen des § 35 a Abs. 4 Satz 2 HGO nicht vorliegen.

§ 6 Sachkostenerstattung für elektronische Medien

Zur Anschaffung elektronischer Medien erhalten Gemeindevertreter und Beigeordnete je Wahlperiode auf Nachweis einen Zuschuss in Höhe von bis zu 400,00 Euro, zweckgebunden für die Beschaffung eines digitalen Endgerätes.

Bei Verlust oder Aufgabe des Mandats ist der erhaltene Zuschuss im Verhältnis der Gesamtnutzungsdauer seit der Beschaffung zur verbleibenden Dauer der Wahlperiode zu erstatten.

Der Erstattungsbetrag steht nach Maßgabe von Satz 1 dem Nachrücker zu.

§ 7 Unübertragbarkeit, Unverzichtbarkeit, Antragsfrist

- (1) Die Ansprüche auf die Entschädigungen nach §§ 1 bis 3 und 5 sind nicht übertragbar. Auf die Aufwandsentschädigung kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.
- (2) Die Abrechnung der Entschädigungen nach §§ 2 bis 4 dieser Satzung erfolgt im Regelfall quartalsweise. Entschädigungsleistungen sind ansonsten innerhalb eines Jahres bei dem Gemeindevorstand schriftlich zu beantragen. Die Frist beginnt mit dem Tage nach dem Ende der Sitzung oder der Veranstaltung bzw. des Monats.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2018 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Entschädigungssatzung der Gemeinde Lahnau vom 06.02.2001 in der Fassung der 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung vom 16.12.2016 außer Kraft.

Lahnau, den 15.12.2017

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Lahnau

Wrenger-Knispel
Bürgermeisterin

Die vorstehende Entschädigungssatzung der Gemeinde Lahnau wird gemäß § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Gemeinde Lahnau vom 19.12.2006 in der Fassung der 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung vom 02.10.2009 in den Lahnau-Nachrichten veröffentlicht

Lahnau, den 15.12.2017

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Lahnau

Wrenger-Knispel
Bürgermeisterin